

AKW-Pläne blockieren saubere Stromzukunft

Autor(en): **Stockar, Sabine von**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2008)**

Heft 4: **Neue Atomkraftwerke?**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-586740>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

AKW-Pläne blockieren saubere Stromzukunft

Mit den eingereichten Gesuchen für neue Atomkraftwerke hat sich die Schweizer Stromwirtschaft in eine Sackgasse manövriert. Diese ist beschildert mit: «Planen und Bauen während mindestens 18 Jahren». Neue AKW-Pläne blockieren dabei den Weg hin zu mehr Energieeffizienz und mehr Erneuerbaren. Doch der Stromwirtschaft steht ein grosses Stopp-Schild im Weg: Frühestens 2012 wird das Stimmvolk an der Urne über den Bau neuer AKW entscheiden.



Von **SABINE VON STOCKAR**
SES-Projektleiterin Atomenergie
sabine.vonstockar@energiestiftung.ch

Der Bundesrat hat sich im Frühling 2007 auf Basis der BFE-«Energieperspektiven 2035» für die Option neue AKW entschieden. Die Variante E des Szenarios IV, die aufzeigt, wie der Schweizer Strombedarf dank Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gedeckt werden kann, wurde beiseite gelegt. Inwiefern die Energieperspektiven diesen Entscheid beeinflusst haben, ist unklar.

Das erste AKW-Gesuch wurde von der ATEL überraschend im Juni 2008 eingereicht und hat die Strategie der zwei weiteren Stromriesen durcheinander gebracht. Mit der Gründung der RESUN AG versuchten AXPO und BKW der Schweizer Bevölkerung glaubhaft zu machen, dass sie sich mit gemeinsamen AKW-Plänen um die Versorgungssicherheit der Schweiz sorgen. Doch trotz dem Gösgen-II-Gesuch von ATEL, das bezüglich Kapazität die drei kleinen und ältesten AKW der Schweiz schon bei weitem ersetzen würde,¹ werden es BKW und AXPO nicht sein lassen. Vor Jahresende sind also zwei weitere Gesuche für neue AKW zu erwarten. Auch sie wollen ihr Mühleberg II, beziehungsweise Beznau III. Insgesamt würde so das 4- bis 5-Fache der bis 2020 zu ersetzenden AKW-Kapazität beantragt werden. Das zeigt, dass es nicht primär um die Schweizer Versorgungssicherheit geht, sondern vielmehr um rein wirtschaftliche Anliegen: Stromüberschuss für den europäischen Handel produzieren, gekoppelt mit Konkurrenzdenken zwischen den Stromriesen.

Frühestens 2012 entscheidet das Stimmvolk

Bis ein neuer Reaktor die erste Kilowattstunde ins Netz speist, müssen die Betreiber eine Rahmenbewilligung, eine Baubewilligung und eine Betriebsbewilligung vom Bundesrat sowie ein JA vom Volk erhalten. Der ganze Prozess dauert mindestens 18 Jahre (siehe

Graphik). Die erste Etappe heisst Rahmenbewilligung. Dabei durchläuft das Gesuch verschiedene Etappen: Die Hauptabteilung für die Sicherheit von Kernanlagen (HSK) prüft die technischen Gegebenheiten während rund 9 Monaten. Danach geht das Gesuch in die Vernehmlassung zuhanden der betroffenen Kantone und Fachstellen des Bundes. Gleichzeitig wird das Gesuch öffentlich aufgelegt. Dabei kann jedermann eine Einsprachen machen, die Standortkantone haben jedoch kein Vetorecht. Die Gesuche werden anschliessend vom Bundesrat und Parlament behandelt. Dieser Prozess dauert mindestens weitere zwei Jahre. Gegen den Entscheid aus Bundesbern kann das fakultative Referendum ergriffen werden – das von der Stromwirtschaft befürchtete Stopp-Schild.

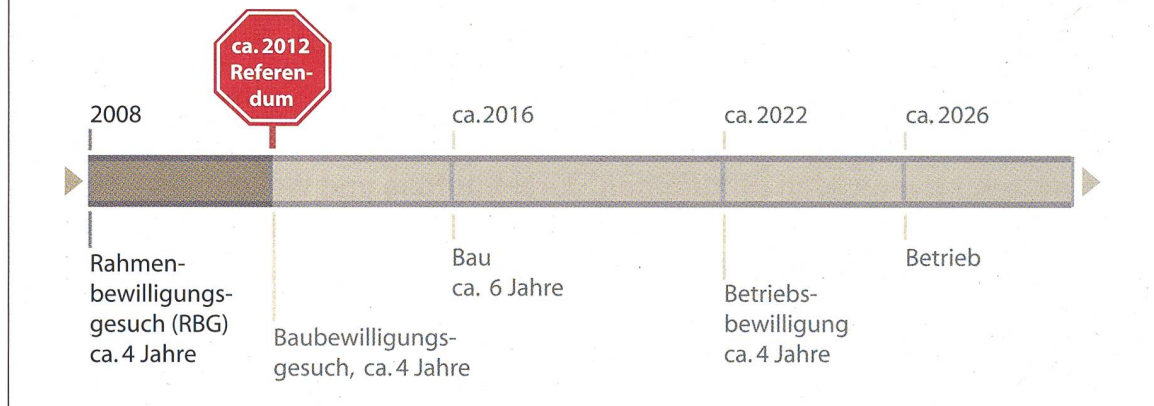
Dass das fakultative Referendum ergriffen wird, ist beschlossene Sache. Frühestens im Jahr 2012 wird das Stimmvolk NEIN zu neuen AKW sagen können. Die Stromwirtschaft muss damit rechnen, dass der Urnengang die AKW-Träume an einem Sonntag vom Tisch räumt.

Der Weg zu neuen AKW ist eine Sackgasse

Die Stromwirtschaft behauptet, sie wolle auf alle Technologien setzen: von den Erneuerbaren bis zur Kernenergie. Doch auf neue AKW zu setzen, hat tiefgreifende Konsequenzen. Jeder Franken kann nur einmal ausgegeben werden. Würde die Option Atom gewählt, sind mindestens 20 Milliarden Franken für den langwierigen Bau von drei neuen Atomkraftwerken blockiert. De facto fehlen dann diese Milliarden für Investitionen in zukunftsfähige und saubere Technologien. Klar ist auch: Wenn die Schweiz auf neue AKW setzt, wird weiterhin eine Politik der Stromverschwendung eingeschlagen. Solange Bandstrom «en masse» produziert wird, steigt der Stromverbrauch auch weiterhin – daran werden auch die gutgemeinten Bonsai-Projekte von EnergieSchweiz nichts ändern.

Potenziell neue Schweizer Kühltürme stehen deshalb jeder zukunftsweisenden Entscheidung im Weg. Ein AKW bauen zu wollen, ist mit einer Verhinderungs-

AKW-Bewilligungsverfahren: mindestens 18 Jahre bis zur ersten Kilowattstunde Strom



Frühestens im Jahr 2012 wird das Stimmvolk NEIN zu einem neuen AKW sagen können. Die fünf bestehenden Schweizer AKW wurden ohne Volksabstimmung gebaut. Damals gab es keine Gesetze dazu.

politik von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien gleichzustellen. Wir stehen deshalb vor einer Wegscheide: Solange neue Atomkraftwerke in Sicht sind, werden weder erneuerbare Energien noch Effizienzmassnahmen ernsthaft gefördert.

Scheinargumentation der Stromwirtschaft geht nicht auf

Die Stromwirtschaft argumentiert für neue AKW mit zwei Schlagwörtern: AKW-Ersatz und Klimaschutz. Doch da gibt es ein paar Denkfehler: Um 2020 gehen die alten AKW vom Netz. Bis dann kann aber kein neues stehen. Sehr optimistisch gerechnet, könnte frühestens 2026 ein neues AKW die erste Kilowattstunde ins Netz speisen. Die «Ersatz-AKW» kommen also so oder so zu spät. Effizienzmassnahmen hingegen greifen postwendend. Biomasse-, Wind- und Sonnenkraftwerke sind kleinere Anlagen, die viel schneller zu bauen sind und bereits vor 2020 sauberen Strom produzieren können.

Und wie steht es mit dem AKW und dem Klimaargument? Der Klimawandel geht rasant voran: die CO₂-Emissionen müssen sofort reduziert werden. Kann ein AKW einen Beitrag beisteuern?

- Atomstrom ist keineswegs CO₂-frei. Abbau und Aufbereitung des Urans sowie die Entsorgung der radioaktiven Abfälle sind energieintensiv und produzieren CO₂. Es gibt Berechnung, die von 100g/KWh ausgehen.
- Ersetzen wir das kleine AKW Mühleberg mit einem fast fünfmal grösseren EPR,² so würde die Schweizer Stromproduktion auch fünfmal mehr CO₂ produzieren.
- Ein AKW ist ein nicht regulierbares Kraftwerk und produziert zum Beispiel in der Nacht «Überschussstrom». Dieses Überangebot sucht eine Nachfrage

(z.B. Elektroheizungen, Pumpspeicherung), stimuliert die Stromverschwendung und führt so zu unnötigem CO₂-Ausstoss.

Die AKW-Bewerber Axpo, BKW und ATEL bauen zurzeit im Ausland im grossen Stil fossile Gas- und Kohlenkraftwerke. Da das Klimaproblem wirklich keine Landesgrenzen kennt, macht dies die Stromwirtschaft ungläubwürdig.

Das Klimaproblem drängt. Lösungen müssen heute gefunden werden. Nicht erst in 20 Jahren. Wer es also ernst meint mit Klimaschutz, setzt auf Effizienzmassnahmen: Diese können morgen umgesetzt werden, reduzieren geradewegs CO₂ und sind kostengünstiger. Ein Franken investiert in Effizienzmassnahmen ist 3 bis 10 Mal klimawirksamer als ein Franken, der in ein AKW investiert wird.³

Kühltürme stehen im Weg

Die Schweizer Strompolitik befindet sich in der AKW-Sackgasse – mindestens noch bis zur Abstimmung 2012. Um diese nicht verlassen zu müssen, bemüht sich die Stromwirtschaft, die öffentliche Meinung mit aufwändigen PR-Kampagnen und Scheindialogen zu biegen. Doch die Argumente gegen neue AKW sind einleuchtend und schlagkräftig. Das Stimmvolk wird realisieren, dass neue Atomkraftwerke nicht Teil der Lösung sind, sondern uns nur im Weg stehen, um eine sichere, unabhängige und saubere Stromversorgung anzustreben. Erst wenn die Option «neue AKW» vom Tisch ist, kann die nachhaltige Energie-Zukunft beginnen!

1 Mühleberg und Beznau I+II haben eine Kapazität von 1085 MW, der ATEL-Wunschreaktor hätte 1600 MW

2 gewünschter Reaktortyp der Stromwirtschaft mit einer Leistung von 1600 MW

3 A. B. Lovins, RMI «forget Nuclear»